Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1000000. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 8000000 m. Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. der. Raum i. Bez. Grundzahl 45 ℳ, außerh. 50 ℳ einschl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 100000 ℳ Rekl.-Zeile 120 ℳ Schlüsselzahl z. Zt. 30000. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 6 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 224. | Neuenbürg, Dienstag, den 25. September 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 24. Sept. Arbeitgeber und Arbeitnehmer der württembergischen Metallindustrie haben ein Abkommen über die Einführung von Grundlöhnen und Schlüsselzahlen getroffen. Der Grundlohn für den gelernten Arbeiter der höchsten Altersstufe beträgt 22 Goldpfennige. Die Schlüsselzahl wird nach dem amtlichen Durchschnittskurs des Dollars an der Berliner Börse während dreier Tage der Lohnwoche errechnet.

Berlin, 24. Sept. Wie die „Welt am Montag" hört, ist vor einigen Tagen der bekannte französische Volkswirtschaftler Professor Blondel aus Paris von Dr. Stresemann empfangen worden. Blondel ist nach Paris zurückgekehrt, um über den Inhalt dieser Unterredung zu berichten.

An den Galgen!!

Das ist die neueste Parole des Kommunisten Remmele, der in Württemberg in den Reichstag gewählt ist. Dafür will dieser Arbeiterführer sich gerne mit den Mördern Liebknechts und Rosa Luxemburgs, mit Hitler und Körner im Kampfe gegen die verhaßte Sozialdemokratie verbinden. Remmele sprach dieser Tage im Volksbildungsheim zu Frankfurt a. M. in einer kommunistischen Versammlung. Wie der dortigen Volksstimme ein Teilnehmer berichtet, tat er dabei den Ausspruch: „Sind die Sozialdemokraten gegen uns, wenn wir die Macht haben, dann hängen wir sie an den Galgen." Statt eines einzigen Protestes brachen die Frankfurter fanatisierten Kommunisten in eine stürmische Beifallskundgebung aus.

Eine traurige Statistik.

Nach einer Uebersicht über die Maßnahmen der Besatzung gegen die Eisenbahner bis 8. September wurden aus ihren Wohnungen vertrieben: 27 819 Bedienstete nebst 68 821 Familienangehörigen. Ausgewiesen wurden 22 606 Eisenbahnbedienstete mit 57 584 Familienangehörigen. Verhaftet wurden 2327 Bedienstete und 628 Familienangehörige. Geurteilt sind 305 Eisenbahnbedienstete und 191 Familienangehörige, mißhandelt 81 Eisenbahnbedienstete und 138 Familienangehörige, getötet 9 Eisenbahnbedienstete und 4 Familienangehörige. Geldstrafen wurden in Höhe von 6 474 333 000 Mark und 1 750 000 Franken verhängt. An Freiheitsstrafen wurden ausgesprochen: 20 Jahre Zuchthaus, 334 Jahre 7 Monate Gefängnis.

Vor Neuwahlen in Thüringen.

Aus Weimar wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten über die Neubildung der Regierung, die gestern wieder aufgenommen werden sollten, sind gescheitert an der Unnachgiebigkeit der Kommunisten, die die völlige Unterwerfung der Sozialdemokraten unter ihre Bedingungen forderten und auf verneinende Antwort hin für Landtagsauflösung zu stimmen drohten. Am kommenden Donnerstag wird also die endgültige Entscheidung im Parlament herbeigeführt werden.

Ueber den in Aussicht genommenen Beamtenabbau

berichtet die „Expreßkorrespondenz": Der Entwurf sieht vor, daß Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, wenn der Beamtenkörper einer Verwaltung planmäßig auf Beschluß der Reichsregierung vermindert werden muß. Dabei soll der Verwaltung das Recht eingeräumt werden, diejenigen Beamten in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, die den Anforderungen an Dienstwille und Diensttätigkeit nicht entsprechen. Als Wartegeld sollen diesen Beamten für eine Uebergangszeit von einem Jahre die vollen Dienstbezüge zu gewähren sein. Nach dieser Uebergangszeit wird bis zur endgültigen Pensionierung das gesetzliche Wartegeld gewährt. Das Gesetz soll vorläufig bis zum Jahre 1927 begrenzt werden. Für das besetzte Gebiet soll das Gesetz zunächst nicht gelten.

Deutschlands Schicksalsstunde.

Berlin, 24. Sept. Für Sonntag nachmittag war eine Kabinettssitzung angesetzt worden, in der, wie man auch in den Kreisen der Regierung annahm, die endgültigen Entschlüsse über die Haltung zu den Daseinsproblemen an Rhein und Ruhr gefaßt werden sollten. Das ist nun nicht geschehen. Man hat sich am Spätnachmittag in einer Ministersitzung über die Lage unterhalten, die in den nächsten Tagen zu unternehmenden Schritte, die letzten Entscheidungen aber nicht getroffen. Auch nicht in einer Kabinettssitzung, die, wie ein Montagblatt erfährt, nachts um 11 Uhr stattfand. Heute nachmittag werden die Ruhrvertreter von der Regierung empfangen, um sich über die Aufgaben oder die Fortführung des passiven Widerstandes auszusprechen. Morgen wird dann die Konferenz der Ministerpräsidenten folgen und am Mittwoch wird das Kabinett sich dann endgültig entscheiden. Ein deutschnationales Blatt glaubt, daß zum mindesten der bayerische Ministerpräsident von Knilling gegen die Aufgabe des passiven Widerstandes sich aussprechen würde. Er rechnet aber auch damit, daß die Mehrheit der Ministerpräsidenten sich mit dem Weg der deutschen Regierung einverstanden erklären wird. Am Mittwoch oder Donnerstag soll dann eine Erklärung ausgegeben werden, die durch das Reichskabinett, die Ministerpräsidenten, die Vertreter des besetzten Gebiets und die politischen Parteien des Reichs- und Landtags mit Ausnahme der Deutschnationalen und wahrscheinlich der Kommunisten gedeckt werden soll. Ueber die Form dieser Erklärung steht endgültiges noch nicht fest. Es kann sein, daß man sich schließlich doch nicht mit der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß begnügt und auf einer Debatte im Plenum besteht. In manchen Kreisen erhofft man sich eine besondere Wirkung von einem Appell an die gesamte Welt, der bei der Gelegenheit von der Reichstagstribüne aus gerichtet werden könnte. Auch in diesem Zusammenhang bleibt zu betonen, daß eine bedingungslose Kapitulation natürlich nach wie vor für das Kabinett Stresemann nicht in Betracht kommen kann. Man wird unter Umständen den passiven Widerstand einstellen, wenn man ihn nicht länger finanzieren kann, aber man wird sich zu keinerlei Abmachungen und Zugeständnissen verstehen, solange die bekannten deutschen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Der „Lokal-Anzeiger" verzeichnet in diesem Zusammenhang ein Gerücht, wonach vorgestern doch eine Besprechung zwischen dem Kanzler und dem französischen Botschafter stattgefunden habe. Dabei sei erörtert worden, ob die deutsche Regierung nicht wieder einen Botschafter nach Paris und einen Gesandten nach Brüssel schicken wolle, und ob dann bei der Nachsuchung um das Agrement nicht von der französischen und belgischen Regierung die Zusicherung zu erlangen wäre, daß sie bereit wären, mit den deutschen Vertretern über das Ruhrgebiet Verhandlungen zu beginnen.

Ausland.

Ein Warner.

Auf der Völkerbundsversammlung in Genf erhob der Vertreter Südafrikas, Murray, seine warnende Stimme gegen den Wahnsinn, der Europa in den Abgrund reißt. Er führte aus: Es sei erstaunlich, daß man in den vier Jahren seit dem Abschluß des Friedensvertrags noch keine Lösung der Reparationsfrage fand, obgleich über wichtige Punkte keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Inzwischen sei die Welt immer elender geworden, und es helfe nichts, daß der Völkerbund auf anderen Gebieten humanitäre Arbeit leiste, während die ungelöste Reparationsfrage Europa zum Zusammenbruch führe. Der Völkerbund habe das unbestreitbare Recht, den Regierungen ihre Untätigkeit vorzuwerfen, selbst wenn gegenwärtig keine Kriegsgefahr bestehe, da die Haltung der Regierungen immerhin eine Lage geschaffen habe, die England und Frankreich zur Vermehrung ihrer Luftrüstungen veranlaßte; außerdem aber bestehe künftige Kriegsgefahr, und nichts könne Kriegsbefürchtungen mehr wachrufen, als wenn die Heere einer Macht das Gebiet des Feindes besetzen und vor unseren Augen langsam eine große, dichtbevölkerte Nation zerstören und zerschmettern würden. Die Tatsache, daß die Reparationsfrage immer noch ungelöst ist, schraubt auf Generationen das Niveau des Menschenlebens herab. Wenn die deutschen Arbeiter tagelang für wenige Pfennige arbeiten müssen, so können die englischen und französischen Arbeiter nicht dauernd acht bis zehnmal so viel Lohn erhalten. Das furchtbarste Elend, das man einem Lande aufzwingen könne, bestehe darin, daß man ihm alle Behaglichkeit des Lebens raube. Zweifellos hätten alle Länder unter dem deutschen Imperialismus gelitten und der Redner verstehe, daß das Vergessen nicht leicht sei; aber man dürfe aus der Strafe keinen Märtyrertod machen. Wenn Deutschland gezwungen werde, denselben Weg einzuschlagen wie Rußland, wenn auf die deutsche Hungersnot die englische, ja die Hungersnot aller Länder folge, so würde man erkennen, daß der große Krieg nicht ein Vorspiel des Friedens, sondern eines noch furchtbareren Krieges war, und nichts würde dann mehr das Ansehen des Völkerbundes retten können. Murray schloß mit der Aufforderung, die im letzten Jahre angenommene französische Resolution über die Reparationsfrage nochmals aufzugreifen und die Regierungen aufzufordern, entweder selbst eine schnelle Lösung zu finden oder die Frage durch den Völkerbund lösen zu lassen. Die Rede Murrays wurde wiederholt von einem Beifall der neutralen und vor allem der skandinavischen Vertreter unterbrochen. Die französischen Delegierten, die während der Rede eine gewisse Unruhe an den Tag legten, enthielten sich jedes Beifalles.

Amerikanische Befestigungspläne im Pazifik.

Aus Washington verlautet, das amerikanische Marineamt gehe mit dem Plane um, Pearl-Harbor und Hawaii in ein Gibraltar des Stillen Ozeans zu verwandeln. Es ist die Absicht des Marineamtes, die auf den Philippinen, auf Guam und Samoa bestehenden Befestigungen zu lassen, wie sie sind, und den status quo zu bewahren, wie er in den Verträgen festgelegt ist. Wie die „Associated Preß" erfährt, werden die Pläne für die Befestigungen von Pearl Harbor geheimgehalten. Zunächst sollen für diese Befestigungen 50 Millionen Dollar ausgeworfen werden. Pearl Harbor werde nach Ausführung der Befestigungsarbeiten eine vollständig uneinnehmbare Flottenbasis darstellen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 24. Sept. Am letzten Sonntag hielt der Mieterverein in der Turnhalle eine gut besuchte Versammlung ab. Das Hauptthema bildeten die September-Mietzinse. Der Vorsitzende, Karl Nagel, gab nach der üblichen Begrüßung die Gründe bekannt, die den Ausschuß veranlaßt hätten, eine außerordentliche Versammlung abzuhalten. Das verspätete Ausschreiben des Stadtschultheißenamtes über die Höhe der September-Mieten hätte in erster Linie es verursacht. Im Staatsanzeiger sei die diesbezügliche Bekanntmachung bereits am 31. August erschienen und hätte jeder Mieter bei rechtzeitiger Bekanntgabe im Enztäler seine Miete bis 1. September an seinen Hausbesitzer abführen können. Das Ausschreiben erfolgte jedoch durch Verkettung verschiedener Umstände erst am 15. September und wären die Mieter sozusagen gebunden an die Bestimmung, daß, wer erst nach dem 4. September zahlt, die Sätze entsprechend dem jeweiligen Stand des Goldzollaufgelds zu entrichten habe. Dies ergebe für den hiesigen Platz einen ungefähren Unterschied von 22—26 Millionen Mark, die der Mieter mehr bezahlen müsse, ein Betrag, den gewiß bei den heutigen Verhältnissen, wo der Herbst vor der Türe steht, Kurzarbeit und auch Arbeitslosigkeit herrsche, nicht jeder ohne weiteres übrig hätte. Er stellte an die Versammlung die Bitte, sich auszusprechen und Vorschläge zu machen, wie diese Kalamität beseitigt werden könne. In der nun folgenden Aussprache wurde betont, daß der Monat August derjenige gewesen sei, der bei den Hausbesitzern den meisten Staub aufgewirbelt habe, indem die damaligen Sätze durch die rapide Entwertung ganz minimal waren, doch nicht durch die Schuld der Mieter, sondern, wie schon erwähnt, durch die unglückliche Geldentwertung. Es sei unverständlich, daß das Ministerium auf Sätze eingehe, die jetzt alles mit einem Schlage ausgleichen sollen. Gewiß hätten die Mieter auch großes Interesse, daß die Wohnungen erhalten bleiben und die Vermieter nicht durch zu geringe Mieten geschädigt würden, aber der letzte Sprung sei einfach zu hoch. Die Versammlung kam zu der Entschließung, an den Stadtvorstand das Ersuchen zu richten, zwischen Vermieter und Mieter eine Verhandlung anzuberaumen, um auf gütlichem Wege sich zu verständigen und das Ergebnis im Enztäler bekannt zu geben.
S.

Neuenbürg, 25. Sept. In einer der letzten Nächte sind wiederholt auf verschiedenen Bürgerrechtsgrundstücken der „Juncker-Aecker" ganz ansehnliche Mengen Kartoffeln gestohlen worden. Grundstücksinhaber, schart Euch zusammen zu einem Selbstschutz!

Neuenbürg, 24. Sept. (Befreiung von der Betriebssteuer.) Auf Grund der Durchführungsbestimmungen wird die jeweils fällige Abgabe nicht erhoben, wenn sie das 200fache des Betrages nicht übersteigt, welcher für die Beförderung eines Briefes bis zu 20 Gramm im Inlandsverkehr am Fälligkeitstage jeweils zu entrichten ist. Die am 20. September d. Js. in Kraft getretenen neuen Postgebühren sehen für die Beförderung eines solchen Briefes 250 000 Mark vor. Von der Betriebssteuer (Arbeitgeberabgabe) sind mithin diejenigen Arbeitgeber befreit, welche am 25. September d. Js. (dem Tag der Fälligkeit der 3. Rate der Betriebssteuer für die Zeit vom 11.—20. 9. 23) bis zu 50 000 000 Mark Lohnsteuern zu zahlen hätten.

Neuenbürg, 24. Sept. (Die Zeitung ist heute wichtiger denn je!) Ein Herr von der Oberamtsstadt Freudenstadt hatte dieser Tage im oberen Murgtal dienstlich zu tun. Unterwegs begegnete ihm eine Schar Beerensammler und -sammlerinnen, mit denen sich der Herr in ein Gespräch einließ. In dessen Verlauf stellte es sich heraus, daß sie die Beeren gegen andere Gegenstände des täglichen Bedarfs in der Stadt eintauschen wollten und daß sie dies nächster Tage besorgen wollten. Auf die Frage, ob sie denn auch schon die Fahrkarten hierfür gekauft hätten, da ab 18. d. Mts. die Bahn um rund das 6fache aufschlage, verneinten sie es alle, da sie von dem Aufschlag noch keine Kenntnis hätten. Es handelte sich um Leute, die meinten, ohne Zeitung auskommen zu können. Sie dankten für die Aufklärung und bemerkten, daß ihr erster Gang nun zur Austrägerin des „Grenzer" sei, denn ohne Zeitung sei man doch tatsächlich hinter dem Mond daheim, ob man es glauben wolle oder nicht.

Württemberg.

Freudenstadt, 24. Sept. (Schwerer Unglücksfall.) Zehn Mädchen passierten eine Brücke in Buhlach, die zusammenbrach, wodurch die 20jährige Lina Gaiser von Obertal tödlich verunglückte. Die übrigen Mädchen sind meist schwer verletzt.

Freudenstadt, 24. Sept. (Schweres Unglück.) Zu dem bereits gemeldeten Unglücksfall in der Orientalischen Teppichknüpferei in Buhlbach wird noch gemeldet, daß sich nach der Mittagspause eine Anzahl Mädchen auf dem in die Arbeitsräume führenden Steg zusammendrängte, um vor dem plötzlich eingetretenen Regen ins Trockene zu flüchten. Einige der Mädchen lehnten sich an das Geländer an, bis die Türe geöffnet war. Das Geländer gab nach und mehrere Mädchen stürzten aus beträchtlicher Höhe auf das Betonpflaster hinunter. Acht von ihnen erlitten ziemlich schwere Verletzungen, meist Kopfwunden. Eines, Lina Gaiser, die Tochter des Maurermstr. Johs. Gaiser in Rotmurg, erlag nach kurzer Zeit den Kopfverletzungen. Auch die Tochter des Paul Möhrle in Buhlbachsau, wurde sehr schwer verletzt. Aerztliche Hilfe war bald zur Stelle.

Horb, 24. Sept. (Die Kehrseite der Medaille.) Die Dienstbotennot ist ein Kapitel, über das wohl jede Hausfrau uns erzählen kann. Darum ist es wie das „Schwäb. Volksblatt" erzählt, begreiflich, wenn die Hausfrau dies und jenes zur Behebung des Dienstbotenmangels versucht. In Horb ist es nun vorgekommen, daß eine im Amtsgerichts-Gefängnis untergebrachte Frauensperson zur Dienstleistung in einem Beamtenhaushalt verwendet und gegen abend wieder entlassen wurde mit dem Auftrag, sich beim Gefängniswärter zu melden. Eines Tages tat dies die Gefangene nicht mehr, sondern war unter Mitnahme eines Andenkens in Gestalt der goldenen Armbanduhr der Hausfrau dem Bahnhof zugegangen und mit dem Liedchen „Freiheit die ich meine" abgegondelt.

Sulz a. N., 24. Sept. (Der verhängnisvolle Revolver.) In Glatten hantierte die 15jährige Tochter des Kaufmanns Weisser mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich und das ins Herz getroffene Mädchen sank tot um.

Stuttgart, 24. Sept. (Tauschhandel mit Lebensmitteln.) Geschäftsleute lassen sich gegenwärtig von den Landwirten mit Lebensmitteln bezahlen. Auch zwischen Landwirten kommen solche Geschäfte vor. Der Erwerb geht vielfach über den eigenen Bedarf hinaus. Die Lebensmittel werden oft auf lange Zeit dem Verbrauch vorenthalten und im Preis gesteigert. Die Polizeibehörden sind angewiesen, auf solche Geschäfte zu achten und gegebenenfalls Anzeige wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln und wegen Kettenhandels zu erstatten, auch die Lebensmittel zu beschlagnahmen.

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 24. Sept. (Kleine Ursachen größere Wirkungen.) In der Eberhardstraße wolle ein jüngerer Fahrgast in der Straßenbahn einen Fahrschein lösen. Von der Erhöhung der Fahrpreise hatte er keine Ahnung, wahrscheinlich, weil er keine Zeitung gelesen hatte. Als der Schaffner 3 Millionen verlangte, weigerte sich der Fahrgast, zu zahlen und sprang ab. Ihm nach der Schaffner, der, lebhaft gestikulierend, schrie: „Hebet ihn! Hebet ihn!" Natürlich sauste eine Menge Leute dem „Verbrecher" nach, der auch erwischt wurde, nachdem man ihm die Kleider gehörig zerissen hatte. Das Flicken dürfte wohl mehr als 3 Millionen ausmachen.

Heilbronn, 24. Sept. (Devisenrazzia.) Im Auftrag des Devisenkommissars erschienen Stuttgarter Landespolizeibeamte plötzlich in verschiedenen Heilbronner Cafes und Restaurants, um bei den Gästen nach Devisen zu fahnden. Auch vor den Bankschaltern, wo auch wilde Devisenhändler ihr Unwesen treiben, sollen sie aufgetreten sein. Da die Landespolizeibeamten sich mit der Lokalpolizei nicht in Verbindung zu setzen brauchten ist über das Ergebnis dieser Razzia amtlich noch nichts Positives zu erfahren gewesen. Doch verlautet, daß sie nicht ergebnislos verlaufen sei.

Künzelsau, 24. Sept. (Wie es gemacht wird.) Am Donnerstag konnte man im Kocher- und Jagstboten eine Aufforderung des Oberamts sowie des Landw. Bezirksvereins an die Landwirte des Bezirks lesen, worin die Landwirte aufgefordert werden, ihr Schlachtvieh hauptsächlich an die Metzger der Stadt Künzelsau abzuliefern. Es berührt eigentümlich, wenn man erfährt, daß am Freitag von der Polizei auf dem Bahnhof 8 Ztr. Fleisch beschlagnahmt wurden, das von 5 Künzelsauern Metzgern an einen Händler namens Emmerich von Durlach oder Karlsruhe geliefert worden war. Auch ein Quantum Butter soll dabei beschlagnahmt worden sein.

Nürtingen, 24. Sept. (Erwischter Dieb.) Der 16jährige Schlosserlehrling Otto Strauß von hier hielt abends einen Dieb in der Metzingerstraße an, als dieser mit einer Glasplatte im Wert von 500 Millionen Mark hinten aus dem Zementwerk herauskam. Der Dieb rief einen anderen Mann zu Hilfe, der dann dem Strauß einen Revolver mit den Worten: „Gelt, den läßt du fahren!" vor die Brust hielt. Darauf entkam der Täter, wurde aber ermittelt und an das Amtsgericht eingeliefert. Es handelt sich um zwei junge Leute aus Neckartailfingen.

Kirchheim u. T., 24. Sept. (Max Eyth-Feier.) Die Weihe der vom Deutschen Ingenieur-Verein und von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft am alten Lateinschul-Gebäude, dem Geburtshause Eyths, angebrachten Gedenktafel fand gestern mittag 12 Uhr bei diesem Gebäude unter Mitwirkung der Gesangvereine und der Stadtkapelle statt. Die Einwohnerschaft hatte sich zu der Feier ebenso zahlreich eingefunden wie trotz des schlechten Wetters die auswärtigen Gäste, die mit der Bahn und im Auto herbeigeeilt waren, an der Spitze die noch lebenden Verwandten in Stuttgart und zahlreiche Ingenieure. Die geladenen Gäste versammelten sich im Festsaal des Realgymnasiums, wo die Gedenkreden gehalten wurden.

Buchau, 24. Sept. (Wink mit dem Zaunpfahl.) In den letzten Tagen begaben sich einige junge Burschen in umliegende Ortschaften, um Frucht einzukaufen. Wenn die Bauern wenig geben wollten, wurde ihnen mit der Waffe in der Hand gedroht mit dem Bemerken, auf solche Weise werde man schon zu seiner Sache kommen. Soviel die Buchauer Zeitung hört, ist gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Biberach, 24. Sept. (Dicke Luft.) Durch das Gespräch junger Leute war das Gerücht verbreitet, daß in der Nacht ein Putsch der Kommunisten stattfinden würde zu dem Zweck, die in polizeilichem Gewahrsam befindlichen Kommunisten zu befreien. Um Mitternacht rottete sich tatsächlich eine Anzahl junger Leute vor dem Gefängnis zusammen, die aber der Aufforderung, auseinanderzugehen, sofort nachkam. Im übrigen herrschte völlig Ruhe.

Wangen i. Allg., 24. Sept. (Beerdigung.) Ein Trauergefolge aus allen Kreisen der Einwohnerschaft von Stadt und Land folgte dem Buchdruckereibesitzer und Verleger Josef Walchner auf seinem letzten Gang hinauf zum Waldfriedhof, wo ihm von der dankbaren Stadtgemeinde ein Ehrenplatz zugedacht war. Stadtpfarrer Lobmiller zeichnete ein getreues Bild des Entschlafenen. Dann sprach Stadtbaumeister Klingler, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, die in treuer Kameradschaft ihren Ehrenkommandanten begleitet und zu Grabe getragen hatte. Im Auftrag der Stadtverwaltung widmete Stadtschultheiß Geray dem Ehrenbürger Worte dankbarer Wertschätzung. Namens des Aufsichtsrats der Gesellschaft Buchdruckerei Argenbote sprach Professor Bolter als Mitehrenbürger, Stadtschultheiß a. D. Trenkle weihte dem Mitbegründer und Vorstand der Elektrizitätswerke der Argen A.-G. Worte treuen Gedenkens. Landtagsabg. Ritter nahm tiefempfundenen Abschied vom Senior-Chef namens des Buchdruckereipersonals. Auch der Verband Oberschwäbischer Zeitungsverleger hatte dem lieben Kollegen mit einem Namen von Klang den Lorbeer der Wertschätzung und Verehrung gewidmet. So reihte sich Kranz an Kranz. Man hatte das Empfinden, daß mit dem Toten wieder ein Stück der guten alten Zeit zu Grabe sank.

Vom Bodensee, 24. Sept. (Ertrunken.) Am Sonntag kenterte während des Sturmes bei Wasserburg gegen 5 Uhr ein mit vier Personen besetztes Segelbot aus Nonnenhorn. Während die beiden männlichen Insassen sich halten konnten, bis Hilfe kam, ertranken zwei Mädchen, vermutlich Einheimische.

Ellwangen, 24. Sept. (Presseprozeß.) Durch Urteil des Schöffengerichts Gmünd vom 18. Juli war der Zigarrenhändler H. Staudinger von der kommunistischen Partei in Gmünd wegen öffentlicher Beleidigung des Schriftleiters Walter von der Remszeitung zu der Geldstrafe von 30 000 Mark, Veröffentlichung des Urteils und Tragung der Kosten verurteilt worden. Der Privatkläger hat gegen die Strafzubemessung Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor der Strafkammer, bei der es zu mehreren, teilweise recht lebhaften Zusammenstößen zwischen den beiden Parteien und deren Anwälten kam, hob die Kammer das Urteil des Gmünder Schöffengerichtes auf und setzte die Geldstrafe auf 8 Millionen fest.

Baden.

Pforzheim, 24. Sept. In der Schmuckwaren-Industrie hat der Schlichtungsausschuß am Samstag einen Schiedsspruch gefällt, durch den der Antrag der Gewerkschaften auf Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe abgelehnt wird. In der laufenden Woche werden die Verhandlungen über die sogenannte Wertbeständigmachung der Löhne wieder aufgenommen.

Vermischtes.

Straßenraub. Die im Hechinger Krankenspital bedienstete Fanny Schmidt ist auf dem Heimwege von Trillfingen zwischen Rangendingen und Stein von vier aus dem Walde herauskommenden angeblichen Zigeunern angehalten worden. 6 Kilo Mehl, das sie für das Spital gesammelt hatte, wurden ihr abgenommen. Den Tätern ist man auf der Spur.

Wo bleibt das Fleisch? Von absolut vertrauenswürdiger Seite — nicht einmal, sondern wiederholt — wird im Würzburger Generalanzeiger behauptet, daß im Viehhandel viel Geld wertbeständig in Vieh angelegt sei. Die Namen der Orte stehen zur Verfügung. Das Vieh sei Eigentum des Händlers, stehe aber beim Bauern im Stalle, der Bauer erhalte sogar das Futtergeld und dürfe das Vieh für seine Feldarbeit verwenden — aber die Städte sehen kein Schlachtvieh. Hoffentlich kommt das nur in Bayern, nicht auch bei uns vor.

Das zarte Geschlecht. Der neueste Trick der Berliner Taschendiebinnen auf der Berliner Untergrundbahn ist — die Umarmung. Beim Aussteigen wird eine Dame plötzlich von einer Ohnmacht befallen und fällt dabei irgendeinem Herrn um den Hals. Später müssen dann die Herren feststellen, daß ihnen die Brieftasche oder die Uhr fehlt. So kam dieser Tage wieder ein Bergwerksdirektor aus Spremberg um seine goldene Uhr im Werte von zehn Milliarden.

Auf der Flucht vor dem brennenden Petroleum. In der unmittelbaren Nachbarschaft von San Pedro in Kalifornien hat die Amerikanische Petroleumgesellschaft ein gewaltiges Lager von Rohöl. Aus einem bisher noch unaufgeklärtem Grunde fing das Petroleum Feuer. Bald wirbelten Flammen und dichte Rauchsäulen gen Himmel und setzten die ganze Umgebung in Schrecken. Infolge der gewaltigen Hitze platzten die Behälter, und der Inhalt einer halben Million Fässer ergoß sich nach allen Richtungen hin. Bald stand die ganze Gegend in Flammen, und die Bewohner mußten Hals über Kopf flüchten, um das nackte Leben zu retten. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer, da nicht nur Gehöfte und Häuser, Gärten und Felder zerstört, sondern auch fast alles Vieh dem Feuer zum Opfer gefallen ist und die Bewohner mit geringen Ausnahmen nur das gerettet haben, was sie in der Eile zusammenraffen und forttragen konnten.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 24. Sept. (Börsenbericht.) Die Börse lag heute sehr ruhig bei geringen Umsätzen. Bankaktien zogen an: Hypotheken plus 7 (40), Notenbank plus 100 (500). Vereinsbank plus 15 (85). Brauereiwerte wenig umgesetzt: Ravensburg plus 3 (68), Eßlingen plus 10 (160), Rottweil Pfauen plus 20 (70), Württ. Hohenz. plus 10 (185), Wulle plus 15 (90). Maschinenwerte wenig verändert, Metallaktien verändert: Daimler minus 11 (59), Hansa Metall plus 5 (90), Hohner Trossingen plus 300 (1100), Junghans plus 15 (215), Laupheimer Werkzeug plus 50 (750), Maschinen Eßlingen plus 30 (150), Hesser minus (90), Weingarten plus 200 (500), Neckarsulm plus 20 (130), Württ. Metall minus 50 (700). Textilwerte fest: Erlangen plus 50 (400), Unterhausen plus 50 (750), Bietigheim plus 200 (1200), Kolb u. Schüle plus 40 (360), Kottern plus 50 (700), Kuchen minus 20 (430), Eßlingen minus 100 (500), Württ. Kattun plus 50 (800), Württ. Leinen plus 50 (750). Sonstige Werte behauptet: Bad. Anilin plus 75 (675), Bremen-Besigheim minus 50 (500), Cement Heidelberg plus 50 (550), Der Kommende Tag plus 10 (55), Deutsche Verlag plus 150 (450), Kaiser Otto plus 30 (190), Knorr plus 50 (130), Leibrand minus 5 (105), Salz Heilbronn plus 100 (4000), Stuttg. Bäcker plus 20 (310), Stuttg. Gips plus 500 (1500), Verein. Filz plus 40 (540). Der Freiverkehr verlief gleichfalls ruhig.

Stuttgart, 24. Septbr. (Landesproduktenbörse.) Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war in abgelaufener Woche sehr fest und die Devisen großen Schwankungen unterworfen. Die Umsätze waren klein und erstreckten sich auf Deckung des nötigsten Bedarfs. Es notierten je 100 Kilo in Millionen Mark: Weizen 320—650 (am 17. 9.: 400 bis 420), Sommergerste 540—560 (320—360), Roggen 530 bis 560 (320—350), Hafer 500—530 (300—320 Weizenmehl Nr. 0 1200—1400 (850—950), Brotmehl 1000—1150 (700 bis 750), Kleie 275—300 (160—180), Wiesenheu 60—80 (40—60), Kleeheu 70—90 (50—70), drahtgepreßtes Stroh 70—80 (60—70).

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 25. Sept. Die Verordnung des Staatsministeriums vom 17. September 1923 über das Verbot von Versammlungen, Ansammlungen und Demonstrationen für eine Reihe von Amtsbezirken ist gestern mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

München, 24. Septbr. Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Vatikan über das Konkordat sind in allen wesentlichen Punkten abgeschlossen, sodaß tatsächlich in wenigen Wochen, wenn der Landtag wieder zusammentritt, die Volksvertretung auf dem Tisch des Hauses die Konkordatsvorlage finden wird.

Wiesbaden, 24. Sept. In dem etwa 8000 Personen fassenden Kurhaussaal hat gestern eine Versammlung der rheinischen Separatisten stattgefunden, an der auch eine mit grün-weiß-roten Armbinden versehene „Schutzwehr" teilnahm. Als Hauptredner waren die Separatistenführer Dr. Dorten und Mathes erschienen, die für eine unabhängige Rheinrepublik Stimmung zu machen suchten. Der gesamte Kurpark war von 11 bis 6 Uhr nachmittags von der Polizei abgesperrt. Bei dem Abmarsch der auswärtigen Versammlungsteilnehmer nach dem Bahnhof kam es zu Zusammenstößen von Gegendemonstranten, wobei verschiedene Personen verprügelt und dabei verwundet wurden.

Berlin, 25. Sept. Der Entwurf zur Erricht[ung] [der] Währungsbank, der vor kurzem von der Presse veröffen[tlicht] worden ist, hat laut „Vorwärts" eine Reihe von Änder[un]gen erfahren, die von so einschneidender Bedeutung [sind,] daß mit einer wesentlich anderen Struktur der neuen No[ten]bank zu rechnen sei. Die Bezeichnung für die neue Ge[ld]einheit werde nicht „Bodenmark", sondern „Heumark" ...

Berlin, 25. Sept. Gerüchte, die vor allem im beset[zten] Gebiet umlaufen und sogar in der Presse Eingang gefun[den] haben, behaupten, daß die Bildung einer rheinischen Re[pu]blik die Billigung der Reichsregierung finde. Es bed[arf] nicht betont zu werden, daß diese Gerüchte jeder Grundl[age] entbehren. Es liegt auf der Hand, daß ihre Verbreiter ... mit lediglich den Zweck verfolgen, ihren reichsfeindlich[en] Sonderinteressen zu dienen.

Berlin, 24. Sept. Wie der Amtliche preußische Pre[sse]dienst feststellt, stellten sich die Berichte der „Roten Fahne" über Hungerunruhen in Gleiwitz als maßlose Uebertreibung heraus. Es kam am Samstag in Gleiwitz zur Beun[ruhi]gung in der Bevölkerung, da die Lohnzahlungen sich ... Geldmangel verzögerten. Die Demonstrationen wurden ... doch vom Polizeipräsidium im Keime erstickt. Dabei kam in keinem Fall auch nur annähernd zu solchen Zusam[men]stößen, wie die „Rote Fahne" behauptet. Es ist anzuneh[men,] daß es in Gleiwitz und den umliegenden Bezirken ... völlig ruhig ist, da der Oberpräsident sich dorthin beg[ab,] um selbst mit den Arbeitnehmern zu verhandeln und ... vorhandenen Differenzen zu schlichten.

Berlin, 24. Sept. Die deutsche Botschaft in Paris ... beauftragt worden, gegen die Besetzung des Schlosses ... Mannheim durch französische Truppen bei der französ[ischen] Regierung schärfste Verwahrung einzulegen. — Der für ... Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtl[iche] Mittelkurs des Dollars ist heute, am 24. September 19[23] 147.000.000 Mark. — Für die Zeit vom 26. bis 28. Se[pt.] 1923, einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 3.479.99... vom Hundert, eine Goldmark gleich 34.800.000 Papierm[ark]. — Die „Rote Fahne", die seit dem 16. September ... erschien, ist mit ihren Kopfblättern vom Polizeipräsidium auf zwei Wochen verboten worden. — Der Dollar ... am Montag in Berlin 146 623 500 Geld, 147 367 500 ... Mittelkurs 147 000 000 (110 000 000), in Frankfurt 19251... G., 193 482 500 Brief, Mittelkurs 193 000 000 (135 00...) 1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs 35 000 000 (26 19...) Papiermark, 1 Goldmark nach Berliner Briefkurs 35 08... (26 254 595) Papiermark. Der Newyorker Schlußkurs ... trug 0,00000070 Dollar gleich 142 857 143 Mark.

Hamburg, 24. Sept. In Fortsetzung der von ... Gewerkschaften beschlossenen außerparlamentarischen A... fand heute mittag im Hafen, in den Zeitungsbetrieben ... in einigen anderen Großbetrieben ein zweistündiger ... streik statt, der bezweckte, die Arbeitgeber zu Verhandlung[en] über Goldlöhne zu bewegen. Die Abendblätter sind ... Verspätung erschienen. Die Verleger veröffentlichen ... Erklärung, in der sie betonen, daß bei Wiederholung ... solchen Maßregel die Zeitungsverleger sich gezwungen ... würden, ihre Betriebe zu schließen.

Allenstein, 24. Sept. In der Strafanstalt Wa... burg meuterten etwa 600 Strafgefangene angeblich ... schlechter Verpflegung. Sie zerstörten die Inneneinricht[ung] und versuchten, gewaltsam auszubrechen. Die Wärter ... von der Waffe Gebrauch machen, wobei ein Gefangener ... tötet und mehrere verletzt wurden. Aus Allenstein her... geholte Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Görlitz, 24. Sept. Hier wurde eine 23 Jahre ... Arbeiterin ermordet aufgefunden. Die näheren Umst[ände] lassen auf Mord durch Erwürgen schließen. Nach ... ärztlichen Befund, ist der Mord in der Nacht vom F[reitag] auf Samstag passiert. Der als Mörder Verdächtige, ... 23jähriger Arbeiter, der mit dem Mädchen ein Liebe[sver]hältnis unterhielt. Die Untersuchung seitens der Sta[ats]anwaltschaft ist eingeleitet.

Kattowitz, 24. Sept. Auf der einer französisch-... Gesellschaft gehörenden Grube „Reden" in Dombrowa-... (Kreis Bentin) brach am Donnerstag abend im ... Teil der Grube in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, ... noch weiter wütet. Der Katastrophe fielen bisher 28 ... leute zum Opfer. Man rechnet, da noch eine größere ... zahl vermißt wird, mit etwa 40 Toten. Die Rettungs... konnte aus Mangel an Hilfsmitteln erst am Freitag ... griff genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist ... zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugemauerte ... wetterkammer anfuhren.

Aarhus, 24. Sept. Der Dampfer „Merel" ... Hamburg, der sich mit Futtermitteln auf der Fahrt ... Petersburg nach Aarhus befand, ist heute morgen ge...

Amsterdam, 24. Sept. Gestern wurde hier ... sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund ... Massenkundgebung gegen den Militarismus, für die ... haltung des Achtstundentags, das Mitbestimmungsrecht ... Arbeiter an den Betrieben und die Sozialisierung veranst[altet]. An der Kundgebung, die von den Blättern als die ... jemals in Holland veranstaltete bezeichnet wird, ... 60—70000 Personen teil.

Amsterdam, 24. Sept. Einer Blättermeldung ... landete in Woldendorp bei Groningen in der vergang[enen] Nacht ein deutscher Luftballon. Dabei wurden ein ... haus und die Telephonleitungen schwer beschädigt. ... kamen nicht zu Schaden.

Paris, 24. Sept. In einer Londoner Depesche ... „Petit Parisien" kommt zum Ausdruck, daß man ... nimmt, die revolutionäre Bewegung in Bulgarien ... kommunistisch sondern agrarisch. Die Aufständischen ... ein Kavallerieregiment und eine Artilleriedivision ... und gefangen genommen. Die Offiziere habe man ... fangene zurückgehalten, die Mannschaften entwaffnet ... ihre Heimat geschickt.

London, 24. Sept. Baldwin kommt heute vom ... nach der Downingstreet und wird die internationale ...

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

mit Lloyd George besprechen. Das britische Kabinett wird am Mittwoch zur Beratung der Lage zusammentreten.

London, 24. Sept. Aus Anatolien wird berichtet, daß die Lage in der Gegend von Aleppo, die sich unter französischer Kontrolle befindet, sehr ernst geworden ist und daß 95 Proz. der Bevölkerung die uneingeschränkte Rückkehr der Türken fordern.

London, 24. Sept. Smuts ist mit anderen Abgeordneten von Südafrika für die Reichskonferenz in Southampton eingetroffen. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuter'schen Büros erklärte Smuts, Südafrika stehe mit der britischen Regierung bei dem Versuch den Frieden zu fördern, durchaus zusammen. Smuts erklärte, Italiens Haltung gegenüber Griechenland sei die erste direkte Herausforderung an den Völkerbund. Er freue sich über die Uebereinstimmung, mit der die anderen Völker für den Völkerbund eingetreten seien. Der Zwischenfall bedeute vielleicht einen Wendepunkt in der Stellung des Völkerbundes.

Simla, 25. Sept. In Kerman in Persien ereignete sich vorgestern ein schweres Erdbeben. Der erste Stoß dauerte 2 Minuten. Im Verlaufe von 1½ Stunden folgten 4 weitere Stöße. Der Schaden an Gebäuden ist beträchtlich. Menschen sind nicht zu beklagen.

Zur Ernährungslage.

Stuttgart, 24. Sept. Staatsrat Rau, der Leiter des Ernährungsministeriums, sprach heute in einer Versammlung über die Volksernährung. Er hielt sich dabei im großen Ganzen an die Besprechung im Reichswirtschaftsrat unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Württemberg und betont, daß berechtigte Hoffnung vorhanden sei, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Getreideernte sei in Württemberg sehr gut ausgefallen, im übrigen Reich gut. Dagegen lasse die Kartoffelernte in Württemberg sehr viel zu wünschen übrig, während im Reich eine mäßige Mittelernte in Aussicht stehe. Da aber der ganze Kartoffelertrag nicht zur Ernährung benützt werde, sei in Deutschland mit der Kartoffelernte auszukommen. Die württ. Getreideernte decke den eigenen Bedarf auf drei bis vier Monate nach Abzug dessen, was die Landwirte für sich benötigen. Im übrigen sei man auf Zufuhr angewiesen. Das gelte besonders von den Kartoffeln. Um Störungen beim Uebergang von der gebundenen zur freien Ernährungswirtschaft zu vermeiden, werde die von der Reichsgetreidestelle zu erwerbende Getreidemenge von 1 auf 2—2½ Millionen Tonnen erhöht. Besondere Schwierigkeiten sind in Württemberg beim Uebergang nicht zu befürchten. Von der Reichsgetreidestelle werden in Württemberg drei Lagerhäuser eingerichtet, deren Inhalt ungeschmälert der württ. Versorgung zukommen sollen. Den Kommunalverbänden soll im allgemeinen das Recht eingeräumt werden, von der Reichsgetreidestelle Getreide zum Tagespreis zu beziehen, entweder für eigene Rechnung oder in der Weise, daß der Kommunalverband die Mühlen bezeichnet, an die die Reichsgetreidestelle das Getreide abliefert. Kommunalverbände, die diesen Weg beschreiten, können auch eine Verteilung des Brotes auf Marken fortsetzen, wie z. B. Stuttgart. Die Menge wird auf 150 Gramm Mehl pro Tag auf den Kopf der Bevölkerung beschränkt, doch wird der Preis des Markenbrotes der gleiche sein wie im freien Verkehr, weil eine Verbilligung durch die Reichsgetreidestelle nicht mehr in Frage kommt. Für die nächste Woche ist etwa eine dreifache Verteuerung des Markenbrotes zu erwarten. Die Kartoffelversorgung sei in der Hauptsache eine Geld- und Kreditfrage. Eine befriedigende Mitwirkung durch die Landwirte sei zu erwarten. Die Regierung habe sich um entsprechende Kredite bemüht. Die Gründung einer Kartoffel-Kreditbank sei im Gange. Eine Filiale der Bank werde auch in Württemberg errichtet werden. Er glaube, daß die Kartoffelversorgung nicht am Geldmangel scheitern werde. Das Ernährungsministerium hoffe, die nötigen Vorkehrungen getroffen zu haben, um eine befriedigende Abwicklung der Kartoffelversorgung zu gewährleisten. Eine Einwirkung auf die Preise komme jedoch nicht mehr in Frage. Die Polizei werde ihre Tätigkeit darauf beschränken müssen, wilde Händler vom Markt zu verdrängen. Bezüglich der noch bestehenden Zwangsbestimmungen für Milch sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen mit den beteiligten Oberämtern im Oberland stattfinden.

Bayern gegen bedingungslose Aufgabe des Widerstandes.

München, 24. Sept. In hiesigen politischen und parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß bei der in Berlin stattfindenden Ministerkonferenz der bayerische Ministerpräsident mit aller Deutlichkeit dem Reichskanzler darlegen wird, daß Bayern eine Aufgabe des passiven Widerstandes ohne jede irgendwie greifbare Maßnahme Frankreichs unter keinen Umständen verwinden kann. Die Stimmung in Bayern, dessen Pfalz ja das leidgeprüfte Gebiet liegt, ist so, daß in allen politischen Lagern bis tief in die Reihen der Arbeiterschaft hinein, man sich dafür, daß auf alles bisherige Entgegenkommen der Regierung Poincaré nur ein immer noch kräftigeres Nein geantwortet hat, so daß Deutschland sich selbst strangulieren und um den letzten Rest von Ehre bringen würde, wenn es ohne jede Gegenleistung Frankreichs sich zur Aufgabe des passiven Widerstandes entschließen würde. Die vaterländischen Verbände Bayerns richteten in einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten die dringende Bitte, unter keinen Umständen bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin für den Verzicht auf den passiven Widerstand einzutreten.

Loslösung der bayerischen Liberalen von Stresemann.

Berlin, 24. Sept. Am Sonntag fand in Bamberg ein Vertretertag der Deutschen Volkspartei Frankens unter Leitung des zweiten Landesvorsitzenden der Partei, Geheimrat Hans Schmidt-Nürnberg, statt. Der Vertretertag faßte den Beschluß, aus der Deutschen Volkspartei vorläufig auszuscheiden und die Organisation unter dem alten Namen „Nationalliberale Landespartei Bayern" aufrecht zu erhalten. Als Ziel wird bezeichnet, alle Kräfte einzusetzen für die „seelische Vorbereitung des Volkes auf den kommenden Kampf um seine Freiheit". Zum Führer der „Nationalliberalen Landespartei Bayern" wurde Universitätsprofessor Lent-Erlangen, ein ehemaliger Demokrat, gewählt. Der Beschluß auf Loslösung wurde mit sämtlichen anwesenden 47 Stimmen gefaßt.

Zwei Wachtmeister erschossen.

Düsseldorf, 24. Sept. In der vergangenen Nacht wurden an der Ecke der Volksgartenstraße und der Oberbilker Allee zwei dienstuende Wachtmeister der Schutzpolizei durch mehrere Revolverschüsse getötet. Als Täter kommen nach Zeugenaussagen zwei Männer in Betracht, die nach der Tat in der Richtung des Volksgartens davonliefen. Einer von ihnen soll Gamaschen getragen haben. Anscheinend haben die Täter zu einer Gruppe von Männern gehört, die aus einer Versammlung von Sonderbündlern in München-Gladbach gekommen waren und sich in einer dem Tatort gegenüberliegenden Gastwirtschaft aufhielten. Heftige Reden gegen die Berliner Regierung und Preußen hielten und Hochrufe auf die rheinische Republik ausbrachten. Einer der beiden Männer zeigte dabei einen Revolver.

Eine Schlappe der Sonderbündler in Trier.

Köln, 24. Sept. Wie die „Kölnische Zeitung" aus Trier meldet, hatten die Sonderbündler nach dort eine Generalversammlung einberufen. Die Versammlung sollte auf dem Palastplatz stattfinden, der durch französische Truppen abgesperrt war. In den dort befindlichen Anlagen hatte sich eine Kompagnie Tirailleurs versammelt, die mehrere Maschinengewehre bei sich führten. Die Sonderbündler ließen sich jedoch nicht auf dem Platz sehen, sondern tagten in einem Saale hinter verschlossenen Türen. Es mögen etwa 300 Personen anwesend gewesen sein. Von deutscher Seite war ein Aufruf erlassen worden, sich in Massen auf den Straßen zu zeigen. Bereits um 1½ Uhr nachmittags war das Zentrum der Stadt von der Bürgerschaft Triers dicht besetzt. Gegen 3½ Uhr erschienen etwa 50 deutsche Polizisten, um für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Sonderbündler bildeten um 5¾ Uhr einen Zug unter Vorantragen einer Fahne, deren Träger in der linken Hand einen Revolver hielt. Ihm folgte eine Kapelle von Luxemburg und Anhänger von Smeets, im ganzen etwa 200 Personen. Die Trierer Bürgerschaft versuchte, den Zug zu sprengen und einzelne Trierer schlugen mit Stöcken und Schirmen auf die Zugsteilnehmer ein. Auf Umwegen gelangte der Zug dann zur Bahnhofstraße. Es kam zu einem großen Durcheinander, in dessen Verlauf von den Sonderbündlern etwa 25 bis 30 Schüsse gegen die Menge gefeuert wurden. Drei Trierer Bürger wurden verletzt, darunter einer schwer. Mehrere andere Personen wurden mit Stöcken und Gummiknüppeln blutig geschlagen. Der Zug kam schließlich in voller Unordnung zum Bahnhof, wo sich die Teilnehmer in Sicherheit brachten. Die Menge verlief sich bald nach 7 Uhr.

Neue Erwerbslosen-Krawalle in Dresden.

Dresden, 24. Sept. Nachdem es am Samstag bei Demonstrationen der Erwerbslosen wiederholt zu Gewalttätigkeiten und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, wobei 25 Personen festgenommen wurden, setzten sich die Ansammlungen am Sonntag nachmittag fort. Sie mußten zum Teil von der Polizei zerstreut werden. Heute vormittag zog wiederum eine starke Schar von Demonstranten unter Führung des Arbeiters Kennecke durch die Straßen der inneren Stadt nach dem Sternplatz. Unterwegs versuchten sie, Geschäftsläden und Banken durch Drohungen zum Schließen zu bringen. Auf dem Sternplatz trat gegen Mittag den Demonstranten ein Polizeiaufgebot entgegen und trieb sie auseinander. Dabei fielen mehrere Schüsse aus der Menge, von denen einer, der offenbar einem Polizeibeamten gegolten hatte, diesem die Hand durchbohrte und Kennecke durch die Brust ging. Die Verletzung Kenneckes war so schwer, daß er nach wenigen Minuten auf der Polizeiwache, wohin er gebracht worden war, verstarb.

Aufdeckung kommunistischer Waffenlager.

Berlin, 25. Sept. Der „Vorwärts" meldet, daß in den letzten Tagen in Berlin von der politischen Polizei kurz nacheinander zwei kommunistische Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt worden seien, die, wie das Blatt behauptet, für Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland von amtlichen Organen der Berliner russischen Vertretung errichtet worden seien. Besonders schwer belastet das Blatt den Militärattache der russischen Botschaft, Petroff, der die in dem einen Lager aufgefundenen Waffen bei einer Waffenfirma mit 1500 Dollar selbst bezahlt haben soll. Es handle sich bei den aufgefundenen Waffen um 7 schwere und 13 leichte Maschinengewehre mit Ersatzteilen dazu, sowie um einen Minenwerfer.

Entscheidende Beratungen.

Berlin, 24. Sept. Nachdem gestern, wie bereits kurz gemeldet, das Reichskabinett im Beisein des Reichspräsidenten bis tief in die Nacht hinein getagt hatte, um sich auf die Aussprache mit den Rhein- und Ruhrvertretern vorzubereiten, haben am heutigen Montag programmäßig die vorgesehenen entscheidenden Konferenzen mit den Ruhrvertretern stattgefunden, an denen unter anderen auch Hugo Stinnes teilnahm. Wie das „Berliner Tageblatt" wissen will, geht die Ansicht des größten Teils der Delegierten der Unternehmer-, Arbeiter- und Beamtenorganisationen dahin, daß der passive Widerstand gegenüber den Franzosen und Belgiern aufgegeben werden müsse. Zwei Gründe sprächen dafür: Einmal habe schon seit einiger Zeit der passive Widerstand den Franzosen mehr Nutzen als den Deutschen gebracht, da die Einbruchsmächte einen großen Teil der Verwaltung auf diese Weise an sich bringen, eine Reihe von Eisenbahnlinien in eigene Regie übernehmen und Hunderttausende von Menschen des Landes hätten verweisen können. Ganz abgesehen von den seelischen Nöten, die die Bevölkerung in den fast neun Monaten der Besetzung habe durchmachen müssen. Zum andern verschlinge die Finanzierung des Abwehrkampfes an der Ruhe mit der Zeit so gewaltige, täglich in die Hunderte von Billionen gehende Summen, daß dieses Geld schlechterdings nicht mehr aufzubringen ist. Selbst wenn rechtzeitig für eine vorausschauende Steuergesetzgebung gesorgt worden wäre, würde doch eines Tages — allerdings später — der Augenblick der Zahlungsunfähigkeit gekommen sein. Es sei eben zu berücksichtigen, daß der größte Teil einer Zehnmillionenbevölkerung heute auf Reichskosten lebe. Mit der Einstellung des passiven Widerstandes würde aber weder die Reichsregierung noch die Bevölkerung des besetzten Gebiets den Rechtsbruch sanktionieren, den die Franzosen und Belgier an ihnen durch den militärischen Einmarsch begangen haben. Das Blatt bezeichnet es als selbstverständlich, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes auf der anderen Seite die Freilassung der Verurteilten, die Rückkehr der Vertriebenen und Ausgewiesenen, die Sicherung der freien Arbeit, die Uebernahme der verwaisten Verwaltungsstellen durch die deutschen Beamten und der ungehinderte Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet erfolgt. Wir möchten demgegenüber vor Illusionen nur dringend warnen, da für die Erfüllung dieser deutschen Forderungen von der Gegenseite bisher absolut keinerlei Bürgschaften geleistet wurden. An den Besprechungen nahmen teil sämtliche Reichstags- und Landtagsabgeordneten der besetzten Gebiete, die sämtlichen Regierungspräsidenten der besetzten Gebiete, Vertreter der Beamtenschaft und der Gewerkschaften, die Bürgermeister der wichtigsten Städte und eine Reihe Vertreter einzelner Berufsgruppen. Nach dem Abschluß der heutigen Sitzung tritt das Reichskabinett abermals zu einer Sitzung zusammen. Am Dienstag finden die angekündigten Beratungen mit den Vertretern der Landesregierungen im Reichsrat statt. Das Kabinett hofft dann eine sichere Grundlage zu gewinnen, auf der es am Mittwoch oder Donnerstag vor den Reichstag treten kann. Wie die „Expreßkorrespondenz" aus parlamentarischen Kreisen erfährt, soll möglicherweise mit einer Verzögerung zu rechnen sein, so daß unter Umständen der Reichstag erst am Freitag sich versammeln wird. Genaueres darüber steht indessen, wie wir hören, noch nicht fest. Auch die Parteiführer wurden heute vom Reichskanzler empfangen.

Berlin, 24. Sept. Heute nachmittag um 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei einer längeren Weiterzahlung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen werde, die von der Regierung und dem Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen: Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr schon vor dem Abbruch des passiven Widerstandes zusichern, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten. In der an die Darlegungen des Reichskanzlers sich anschließenden Besprechung stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse; sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung des besetzten Gebietes zu geordneter Arbeit zurückzuführen. Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbau des von der Rhein- und der Ruhrbevölkerung seit 9 Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde. Er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei den nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken. Am Nachmittag fand im Reichskanzlerhause die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und des preußischen Kabinetts statt. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stillegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einzuschlagenden Art des Abbaues aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgt und ein Sondervorgehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben muß. Zum Schluß betonte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung auch weiter an ihrem Ziel: Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Eingekerkerten und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr unter allen Umständen festhalten werde. Die Versammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

Nur allmählicher Abbau der Ruhrhilfe.

Berlin, 24. Sept. Die staatliche Ruhrhilfe wird, wie es heißt, noch für eine Uebergangszeit, wenn auch in nur weit bescheidenerem Umfange als bisher, weiter bestehen bleiben, um in den nächsten Wochen, bis sich die Arbeitsverhältnisse wieder geregelt haben, keine chaotischen Zustände in dem besetzten Gebiet entstehen zu lassen. Dieser Abbau der Ruhrhilfe wird allerdings unter einer strengen Kontrolle stehen, damit sich nicht wieder Mißstände breitmachen können. Zu dem gestrigen Beschluß der Berliner Parteifunktionäre, der sich gegen den Reichswehrminister, aber auch gegen den „Vorwärts" richtet, nimmt das sozialdemokratische Zentralorgan mit folgenden gewundenen Sätzen Stellung: „Die vom Bezirkstag angenommene Entschließung verdient als Stimmungssymptom ernsteste Beachtung. Es geht jedoch viel zu weit, wenn ein Berliner Blatt in seiner Annahme eine schwere Gefahr für den Bestand der gegenwärtigen Reichsregierung erblickt. Die Entschließung spricht gegen die Regierungspolitik schwere Bedenken aus, sie enthält aber nicht die Forderung nach sofortigem Austritt der Partei aus der Regierungskoalition. Auch diejenigen Genossen, die von Anfang an Gegner der großen Koalition waren, verschließen sich zum großen Teil nicht den Bedenken, die einem plötzlichen Frontwechsel der Partei in dieser überaus kritischen Zeit entgegenstehen."

Die Berliner Presse zur Einstellung des passiven Widerstandes.

Berlin, 25. Sept. Die Mitteilung über die gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete über den Abbau des passiven Widerstandes wird von einem großen Teil der Presse ohne Kommentar wiedergegeben. Von den deutschnationalen Blättern äußert sich nur die „Deutsche Tageszeitung". Das Blatt faßt sein Urteil in die Worte zusammen: Die neue Regierung ist jetzt 6 Wochen am Ruder. Das bisherige Ergebnis ihrer Politik ist nach außen ein nicht mehr zu verschleierndes Fiasko, nach innen kaum besser, nämlich ein Nichts. — Das „Berliner Tageblatt" rechtfertigt den Beschluß der Reichsregierung über den Abbau des passiven Widerstandes mit dem Hinweis auf die gewaltigen Mittel, die dieser Kampf verschlingt und nicht mehr länger zur Verfügung ständen. Habe doch die letzte Woche dreitausend Billionen Papiermark gekostet, eine Zahl, die in rascher Progression von Tag zu Tag steigen würde. Wenn Deutschland jetzt den passiven Widerstand abbricht, so schließt das Blatt seine Ausführungen, so habe dieses zwar eine Schlacht verloren, der Kampf muß aber weitergehen, der Kampf um die Gewinnung des deutschen Bodens, um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, um die Wahrung der deutschen Einheit. — Die „Vossische Zeitung" schreibt: Die amtliche Erklärung bedeutet einen Abschluß und einen Anfang. Sie sagt ohne Umschweife was ist und zeigt einen Mut zur Verantwortung, der leider in

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige im

∴ „Enztäler" ∴

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert Erfolg.

Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle ds. Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

früheren kritischen Tagen des Deutschen Reiches gefehlt hat. Das Kabinett Stresemann hat in der knapp bemessenen Zeit, die ihm geblieben ist, alles versucht, um die abgestumpfte Waffe des passiven Widerstandes noch so wirksam wie möglich zu gestalten im Interesse der Kämpfer am Rhein und an der Ruhr. Das Ergebnis dieser Bemühungen war negativ.

Die Geste des Siegers.

Paris, 21. Sept. Der „Petit Parisien" schreibt: „Weder Frankreich noch Belgien können eine Amnestie versprechen. Sie werden keine Vorbedingungen annehmen, sondern verlangen, daß der passive Widerstand beendet wird. Erst später wird man verhandeln, und wenn die Ordnung wieder hergestellt ist, wird man die Gnadenmaßnahmen ins Auge fassen."

Was der „Temps" über die Grundsätze schreibt, nach denen die Rückkehr der Ausgewiesenen behandelt werden soll, lautet wenig entgegenkommend. Er führt aus, keine Begnadigungsmaßnahme könne angeordnet werden, ohne daß die alliierten Behörden jeden einzelnen Fall, der ihnen übermittelt wird, geprüft hätten. Sie müßten die Gewähr haben, daß durch die Beamtenschaft nicht die Sicherheit der Truppen, die Produktivität der Bänder und die Ausführung des für Reparationszahlungen notwendigen Programms behindert werden. Das Blatt spricht auch von gewissen Vergehen, für die keine Gnade walten könne, wenn man nicht etwa die Rückfälligkeit ermutigen wolle. Es wendet sich besonders scharf gegen die Rückkehr aller ausgewiesenen Beamten. Im übrigen habe die Berliner Regierung zuerst das Wort, denn seit der Besetzung sei eine große Anzahl Deutscher mit Strafe belegt worden, unter dem Vorwand, daß sie keinen Widerstand geleistet, oder den Alliierten Beihilfe gewährt hätten. Das müsse alles gutgemacht werden. Der Widerstand der deutschen Regierung werde erst an dem Tage vollkommen beendet sein, wo die Strafen annulliert und der angerichtete Schaden ersetzt werde." — Die französische Presse hält also für den Fall, daß Deutschland den passiven Widerstand aufgibt, neue Bedingungen bereit, und will das Los der Ausgewiesenen und Verurteilten als Druckmittel gegen Deutschland verwenden. Es ist die gleiche Taktik wie beim Friedensschluß. Die Regierung wird sich klar sein müssen, daß Frankreich für die Verhandlungen mit Deutschland einen Preis verlangt, dessen Höhe heute noch niemand übersieht.

Warum das Reich kapitulieren muß.

Brüssel, 23. Sept. Dem „Soir" wird aus Paris eine Information geschickt, die aus der allernächsten Umgebung Poincares stammen soll. Der Korrespondent des Blattes, der Mitglied der Redaktion des Pariser „Temps" ist, versichert, daß er die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten mitzuteilen in der Lage wäre. Er schreibt auf Grund einer ihm „von oberster Stelle" gemachten Mitteilung folgendes: „Nicht allein in Belgien, auch bei uns in Frankreich lassen sich Stimmen des Erstaunens darüber vernehmen, daß Herr Poincare unbedingt bis zur vollkommenen Unterwerfung des Reiches gelangen will und daß er, anstatt sich mit den zweifellos sehr wertvollen bisherigen Resultaten zufrieden zu stellen, der Preisgabe des passiven Widerstandes vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen eine kapitale Bedeutung beimißt. Es handelt sich aber hier, wie Herr Poincare vertraulich bereits erklärte, keineswegs um eine nutzlose Erniedrigung Deutschlands, auch nicht um die Befriedigung einer Ranküne; nein, **es handelt sich für Herrn Poincare ausschließlich darum, daß das deutsche Volk diesmal unbedingt zum klaren Verständnis der Tatsache komme, den Krieg verloren zu haben, bis aufs Haupt geschlagen worden zu sein.** Das deutsche Volk muß die Niederlage in ihrem ganzen Umfange erkennen. Alle Schwierigkeiten dieser vier verflossenen Jahre ergaben sich daraus, daß im November 1918 zu früh der Waffenstillstand bewilligt wurde, daß man verhandelte, ohne vorher noch auf deutschem Boden den Krieg fortzusetzen, wie es die französische Absicht war; so kam das deutsche Volk nicht zum Bewußtsein, den Kampf verloren zu haben, sondern schrieb die Niederlage dem Verrate durch die Revolution zu. In Wirklichkeit waren aber die kaiserlichen Heere geschlagen. Und deshalb glaubte das deutsche Volk, man könne sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages entziehen. Den Irrtum von 1918 darf man im Jahre 1923 nicht wiederholen, weil sonst den Deutschen morgen wieder erzählt werden könnte, es habe den Kampf an der Ruhr nicht verloren, da ja Frankreich und Belgien am Ende doch in Unterhandlungen eingetreten wären. Deutschland muß kapitulieren. Ohne Bedingungen, ohne Vorbehalte muß es sich unterwerfen. Die Berliner Regierung muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Ist die Unterwerfung geschehen, so wird Poincare einen Beweis seiner Generosität liefern und alle Arrangements erleichtern, insofern sie mit den Interessen Frankreichs und Belgiens vereinbar sind. **Aber die Kapitulation ist notwendig, damit das deutsche Volk das tiefe Empfinden für seine Niederlage, ohne jede Hoffnung auf Revanche, habe.** Dann wird es sich auch den Friedensbedingungen willenlos unterwerfen." (Also erbarmungslose Demütigung eines Volkes, das sich über vier Jahre heldenmütig gegen überlegene Feindesmacht wehrte, durch einen Gegner, der, alleinstehend, in den ersten vier Kriegswochen überrannt worden wäre. Das ist die Absicht unseres jahrhundertelangen Erbfeindes von gestern und von morgen. Schriftl.)

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Neuenbürg, 22. Sept. In Nr. 217 des „Enztäler" vom 17. lfd. Mts. erschien ein Bericht über die Zusammenkunft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Neuenbürg, der zu Unklarheiten führte und auch Unrichtigkeiten enthielt. Es ist falsch, daß Anhänger unserer Partei aus Herrenalb an dieser Zusammenkunft teilnahmen. Ebenso, daß die Gasthofinhaberin zum Bären vom Zwecke unserer Zusammenkunft nicht unterrichtet war, obwohl vorher zwei Herren den Saal von Herrn Burkhardt für eine öffentliche Versammlung gemietet hatten. Ferner wurde in diesem Artikel geschrieben, daß Anhänger der Sozialdemokraten und Kommunisten aus umliegenden Ortschaften anwesend waren, dies ist richtig, ob aber mit Absicht verschwiegen wird, daß der kommunistische Stadtrat Jost aus Pforzheim mit Anhängerschaft unseren im üblichen Versammlungslokal, dem Schiff, stattfindenden Sprechabend stören wollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Um endlich Klarheit in die durch Gerüchte und Zeitungsartikel (Schwäbische Tagwacht und Freie Presse sind für uns undiskutabel) verworrene Lage hereinzubringen, geben wir folgende Erklärung ab.

Vergangenen Samstag abend 8 Uhr sollte ein Sprechabend nur für Mitglieder und besonders dazu geladene Gäste stattfinden. Unsere Pforzheimer Parteigenossen waren aus Interesse an der Sache, allerdings irrtümlich belehrt, daß unser Sprechabend mit der Grube-Versammlung verschmolzen würde, zur Versammlung in die Sonne bestellt worden. Nachdem sie bei ihrer Ankunft aufgeklärt wurden, daß beide Versammlungen getrennt abgehalten würden, kamen sie zu uns ins Schiff. Saalschützer haben wir keine bestellt und brauchen wir auch keine. Da keine Möglichkeit bestand, infolge Ueberfüllung im Schiff einen Sprechabend abzuhalten, entschlossen wir uns zu einer öffentlichen Versammlung im Bären. Nach Feststellung der Geschäftsordnung und einleitenden Worten des Vorstandes ergriff unser Referent Dr. Kaldenböck aus Stuttgart das Wort. In kerndeutschen Worten führte er den Anwesenden die Ziele unserer Bewegung vor Augen, offenen Kampf sagte er den Wucherern und Schiebern an und streifte bei seinen eingehenden Ausführungen so ziemlich jeden einzelnen Punkt unseres Programms. Zum Schluß ermahnte er eingedenk zu sein des teuren Vaterlandes, das heute sowohl von außen her wie im Innern geknechtet, unter der Geißel Alljudas ein armselig Dasein friste. Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen, die jedem echten Deutschen zu Herzen gingen und ihm die Augen öffneten, daß es heute wieder mehr denn je um Sein oder Nichtsein geht. Nun kamen der Reihe nach 8 Redner der Gegenpartei (KPD.) geschäftsordnungsmäßig zu Wort. Auf das sachlich gehaltene Thema unseres Referenten ist kein einziger eingegangen. Den meisten dieser Herren, die dazu noch als üble Hetzer auftraten, lag das Schicksal Italiens und als Kontrast das Rußlands schwer im Magen. Mussolini und Radeck — Sobelsohn — wurden einander dauernd gegenüber gestellt. Die „Knechtschaft" des italienischen Arbeiters (???) unter Mussolini auf der einen Seite, auf der andern die „Freiheit" des russischen Proletariats und das jetzt im „Aufblühen" begriffene Rußland (?) unter Radek, Trotzki usw. konnte man als Hauptpunkte aus den Ausführungen der kommunistischen Redner herausschälen. Auch eine Zuhörerschaft drohende Haltung nahm einer dieser Redner an als er den Wunsch äußerte, daß doch bald Radeck in Berlin am Ruder wäre und wir alle dann, besonders unser Herr Referent, am Laternenpfahl hängen würden. „Max Hölz soll unser Führer sein und Hitler soll krepieren", hatte ein anderer von den Diskussionsrednern zu seinem Schlußschlagwort gewählt, wofür ihm tosender Beifall von seinen Anhängern gezollt wurde. Manche der Anwesenden, keine Parteimitglieder der NSDAP., dürften sich aber besinnen, ob sie sich einem Mordbrenner wie Max Hölz, dessen Name in jeder deutschen Brust Abscheu und Ekel erregt, verschreiben wollen. Nachdem der letzte der Diskussionsredner mit seinen Ausführungen zu Ende war (obwohl noch unserem Redner das Schlußwort zugesichert war), stimmte die Anhängerschaft der KPD. ihre Internationale an und verließ den Saal auf dem kürzesten Wege. — Wenn Sie uns auch als Söhnchen der Bourgeoisie bezeichneten, so glauben wir doch, daß jeder ehrliche Mensch, der sich in unserem Kreise umsah, anderer Ueberzeugung war. Von Pforzheim, Höfen, Calmbach und Wildbad, mit wehender Hakenkreuzfahne, kamen unsere Parteigenossen, um im engen Kreise ihr Deutschtum zu pflegen und danken wir Neuenbürger Nationalsozialisten mit einem kräftigen Heil. Zusammen wollen wir arbeiten, vereint kämpfen, bis wir den Sieg der deutschen Freiheit errungen und die Macht unserer Gegner in sich selbst zusammenbricht.

Einer dieser Hetzredner prägte das Wort: Es ist 2 Minuten vor 12 Uhr! Also, ihr Männer aus Neuenbürg und Umgebung, Arbeiter, Bürger und Bauern, besinnt Euch, macht euch frei, stellt Euch dahin, wohin die Pflicht Euch gebietet, damit nicht ein schreckliches Erwachen wie im November 1918 Euch vollendete Tatsachen stellt, denn es ist 2 Minuten vor 12.

NSDAP., Ortsgruppe Neuenbürg.

(Wir bemerken dazu, daß wir in der Versammlung persönlich nicht anwesend waren, weil durch eine andere Veranstaltung in Anspruch genommen. Unser Bericht fußte auf persönlichen Erkundigungen an anderer Seite; wenn die uns gewordenen Angaben nicht den Tatsachen entsprachen, so bedauern wir dies. Nach wie vor, und gerade in einer Zeit, die mit Recht Deutschlands Schicksalsstunde genannt werden muß, vertreten wir den Standpunkt, was an uns liegt, alles Trennende zu vermeiden, dies namentlich in Stadt und Bezirk, und die politischen Gegensätze auszugleichen suchen. Nicht mit Zerstörung ist uns geholfen, sondern mit Wiederaufbau. Wenn bei Zusammenstößen alles kurz und klein geschlagen wird, wenn bei Bauern Haus und Hof geplündert wird, so sind letzten Endes jene die Geschädigten, welche derartige Zerstörungen an allem, was zur Volksernährung gehört, verursachten. Wir betrachten es als eine dringende Aufgabe der Presse, nicht zerstörend und aufreizend, sondern versöhnend, einigend zu wirken. Wir wissen wir uns mit all jenen einig, denen an dem Schicksal Deutschlands und seines unglücklichen Volkes gelegen ist. Schriftl.)

Freiwillige Weiterversicherung.

Nachdem Art. 3 der Verordnung vom 9. August 1923 (RGBl. S. 782) durch Art 1 der Verordnung vom 29. August 1923 (RGBl. S. 846) abgeändert worden ist, bevor er in Kraft treten konnte, ändert sich auch die im „Enztäler" Nr. 195 veröffentlichte Bekanntmachung des Versicherungsamts vom 21. vor. Mts. in folgender Weise:

Die freiwillig Versicherten dürfen nur noch folgende **Mindest**beiträge verwenden:

1. In der **Invaliden**-Versicherung vom 3. September 1923 ab mindestens Marken der Klasse 36 mit einem Wochenwert von 140000 Mark; Personen, die vor Beginn der freiwilligen Versicherung als Hausgehilfinnen überwiegend im Haushalt tätig waren und deren monatlicher Arbeitsverdienst 8,1 Millionen Mark nicht übersteigen würde, haben mindestens Marken der Klasse 29 mit einem Wochenwert von 37000 Mark zu verwenden.
2. In der **Angestellten**-Versicherung vom 1. September 1923 ab mindestens Marken der Klasse 36 mit einem Monatswert von 1228000 Mark.

Die Ortsbehörden erhalten den Auftrag, Vorstehendes in geeigneter Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Neuenbürg, den 24. September 1923.

Versicherungsamt:
Wagner.

Gebühren der Kaminfeger.

Mit Wirkung **vom 17. September 1923 ab** sind die Kaminfegergebühren weiter erhöht worden (vergl. „Staatsanzeiger" Nr. 221). Die hauptsächlichsten Sätze betragen nun **neben** Anrechnung der Umsatzsteuer:

zu Ziffer 1 der Bekanntmachung im „Enztäler" Nr. 217 vom 17. ds. Mts. . . . . 1700000 ℳ
zu Ziffer 2—4 a. a. O. je . . . 425000 ℳ

Neuenbürg, den 24. September 1923.

Versicherungsamt:
Wagner.

Dr. Böcker zurück.

Engelsbrand.

Stammholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am

Samstag, den 29. ds. Mts.,
nachmittags 3 Uhr,

auf dem Rathaus in **Engelsbrand** aus Abteilung 16 im öffentlichen Aufstreich:

2,85 Fm. 2., 20,79 Fm. 3., 22,35 Fm. 4., 12,19 Fm. 5., 1,72 Fm. 6. Kl. Nadelstammholz.

Zahlbar: Die Hälfte sofort nach Zuschlag, die zweite Hälfte nach 14 Tagen.

Liebhaber sind eingeladen.

Schultheißenamt.
Wurster.

Dobel, den 24. September 1923.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine innigstgeliebte Gattin, unsere liebe, unvergeßliche Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Anna Maria Schaible,
geb. Kappler,

nach langer Krankheit zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer:
Der Gatte: **Friedrich Schaible mit Kindern.**

Beerdigung: Donnerstag nachm. 3 Uhr.

Einen Wagen
Heu
und einen Wagen
Stroh
verkauft, tauscht auch gegen ein schönes **Kuh-Rind.**
Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Schiefer-Tafeln
und
Griffel
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung,
Inh. D. Strom.

Schultheißenamt Rötenbach
(Oberamt Calw).

Nächsten **Mittwoch, den 26. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr,** verkauft die Gemeinde einen

Schlachtfarren.

Schriftliche Angebote nach Pfund Lebendgewicht sind bis dahin hier einzureichen.

Gemeinderat.

Stadtgemeinde Wildbad.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich am Dienstag, 2. Oktober 1923, vorm. 10 Uhr,

auf dem Rathaus in Wildbad:

180 Ta. mit Langholz: Fm.: 64 1., 46 2., 53 3., 25 4., 10 5. Klasse; 6 Ta. mit Sägholz: Fm.: 1 1., 6 2.,

Bedingungslose Angebote in ganzen und Zehntel-Prozenten der württ. Landesgrundpreise vom 20. August 1923 ausgedrückt, schriftlich und verschlossen mit der Aufschrift „Nadelstammholzverkauf" bis zu obigem Termin an das Stadtschultheißenamt.

Dem Verkauf liegen die Bedingungen des württ. Waldbesitzerverbandes zu Grunde. Angebote in Goldmark, zahlbar sofort nach Zuschlag. Die Gutschrift in Goldmark erfolgt am Vortage des Zahlungseingangs bei der Stadtkasse zum Berliner Dollarbriefkurs. Losauszüge durch die Stadtpflege.

Stadtschultheißenamt Wildbad.

Bestellungen auf
Stempel
jeder Art nimmt entgegen
C. Meeh'sche Buchhandlung
Inh.: D. Strom.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw